

Extradossier VS-Bericht 2015 & Karlsruhe

Erarbeitet von Mitgliedern des Karlsruher 'Netzwerks gegen Rechts'

Der Verfassungsschutzbericht 2015 ¹ definiert "Rechtsextremismus" so:

Im Rechtsextremismus herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. In der ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ werden zentrale Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung missachtet. Hauptaspekte rechtsextremistischer Agitation sind Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie eine grundsätzliche Demokratiefeindschaft.

Für 2015 prägend seien der "exorbitante Anstieg rechtsextremistischer Gewalt und die zunehmende Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus":

Ausgehend von der angestiegenen Zahl an Flüchtlingen entwickelte sich eine Antiasyl-Agitation, die zum beherrschenden Thema im Jahr 2015 wurde. Sie ist von einer schwindenden Abgrenzung zum Rechtsextremismus und einer Akzeptanz von Gewalt und Militanz in Teilen der Bevölkerung geprägt. In einer tief polarisierten Gesellschaft stehen sich Befürworter und Gegner einer offenen Asylpolitik scheinbar kompromisslos gegenüber. Angst vor sozialer Unsicherheit und einem Staatsversagen sind entscheidende Motive einer kritischen Klientel. Sie werden von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Richtung einer fundamentalen Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates gelenkt. Die Anti-Asyl-Agitation schafft einen Resonanzboden für rechtsextremistische Ideologiefragmente (Enttabuisierung). Rechtsextremistische Protagonisten sind teilweise ein integraler Teil der Proteste. Damit wird an vielen Orten ein Nährboden verfassungsfeindlicher Agitation etabliert.

Der Bericht nennt sechs beobachtete „rechtsextreme Parteien“: NPD, *ProNRW*, *DIE RECHTE*, *Der III.Weg*, die *Europäische Aktion* und die *Hammerskins Deutschland*. Zu NPD, *DIE RECHTE* und *ProNRW* pflegt Ester Seitz seit Mitte 2015 nachweislich sehr intensiven Kontakt. Und auf der letzten Kundgebung von *Karlsruhe wehrt sich* am 3. Juni 2016 war erstmals eine Fahne der *Europäischen Aktion* zu sehen. Zu den anderen zwei beobachteten Parteien sind keine Verbindungen bekannt. Die *Identitäre Bewegung* wird erst seit Anfang Juni 2016 vom Verfassungsschutz beobachtet.

Der VS-Bericht 2015 enthält Kurzbeschreibungen der Parteien.

Ideologisches Kernelement der **NPD** ist die Vorstellung einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“. Das „Volksgemeinschafts“-Dogma bestimmt die grundsätzliche Fremdenfeindlichkeit der Partei. Die fremdenfeindliche Agitation der Partei belegt Ausländer, Muslime und Asylbewerber pauschal mit Negativeigenschaften und diffamiert diese als Bedrohung für die einheimische Bevölkerung. Auch der Antisemitismus ist ein fester Bestandteil der NPD-Agitation. Mit geschichtsrevisionistischen Äußerungen unterstreicht die NPD ihre grundsätzlich bejahende Haltung gegenüber dem NS-Regime und ihr Bemühen, die Zeit des Nationalsozialismus fundamental umzudeuten beziehungsweise Teilbereiche als vorbildlich darzustellen (und zudem) den demokratischen Verfassungsstaat systematisch und umfassend zu bekämpfen.

¹ https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2015.pdf

Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit (insbesondere gegen Asylbewerber) bilden die ideologischen Schwerpunkte der **Bürgerbewegung pro NRW**. So werden zum Beispiel Aktionen gegen „Armutszuwanderung“, „Überfremdung“ oder eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands und Europas durchgeführt. *Pro NRW* versucht, unter anderem mit Kampagnen gegen Moscheebauten Ängste gegenüber dem Islam zu schüren und Vorurteile gegenüber Muslimen zu verbreiten beziehungsweise zu verstärken. Darüber hinaus sollen beispielsweise mit Kundgebungen vor Asylbewerberunterkünften Überfremdungsängste geweckt und fremdenfeindliche Ressentiments geschürt werden.

Die ideologischen Schwerpunkte der Partei **DIE RECHTE** bilden Neonationalsozialismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Zahlreiche Kundgebungen und Internetverlautbarungen richten sich gegen „staatliche Repression“ und Zuwanderung. Bei ihren Propagandaaktionen setzen Parteimitglieder mitunter verstärkt auf Provokation des politischen Gegners und der Polizei. **DIE RECHTE** lehnt den Parlamentarismus grundsätzlich ab und betrachtet die Organisationsform einer politischen Partei lediglich als Mittel zum Zweck für ihren Kampf gegen das „System“. Einige Unterorganisationen der Partei haben sich zu Auffangbecken für Neonazis entwickelt und Funktionen verbotener Neonazi-Gruppierungen übernommen.

Die **Europäische Aktion** zeichnet sich durch eine besonders ausgeprägte antisemitische und revisionistische Agitation aus. Ein vorrangiges Ziel sieht die Organisation in der „Wiederherstellung der freien Rede“, d.h. die „Revision“ zeitgeschichtlicher Offenkundigkeiten, vor allem des Holocaust. Die international ausgerichtete **EA** fordert unter anderem die Herstellung homogener Volksgemeinschaften in Europa und die Ausweisung „rassisch Fremder“ (notfalls mit Gewalt). Besondere Bedeutung erreicht die **EA** dadurch, dass unter ihrem organisatorischen und ideologischen Dach Rechtsextremisten mit unterschiedlichen Ausrichtungen zusammenarbeiten. In die Führungsstruktur der **EA** sind namhafte Rechtsextremisten eingebunden, die über weitreichende Verbindungen in alle Spektren des deutschen und ausländischen Rechtsextremismus verfügen, insbesondere in die Neonazi-Szene.

Der VS-Bericht berichtet über „Entwicklungen“ im Jahr 2015:

Die Unwägbarkeiten des Verbotsverfahrens (belasten) nach wie vor die **NPD**. Es ist zu vermuten, dass im Falle eines Verbots ehemalige Funktionäre der **NPD** ihre verfassungsfeindliche Agitation (insbesondere im Anti-Asyl-Kontext) auch ohne den organisatorischen Überbau einer Partei fortsetzen werden. Als Auffangbecken für die neonazistische Klientel stünden die beiden Kleinstparteien **DIE RECHTE** und *Der III. Weg* bereit. Ihnen ist es im Berichtsjahr gelungen, die Parteistrukturen auszubauen.

Die Entwicklung der **Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW)** war im Jahr 2015 maßgeblich von parteiinternen Streitigkeiten geprägt. Eine bereits Ende 2014 begonnene Auseinandersetzung zwischen dem Landesvorstand und Funktionären des mitgliederstarken Kölner Ablegers eskalierte im Frühjahr 2015 mit der Abspaltung der „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ und dem Austritt zahlreicher Parteikader. Der Verlust dieser regionalen Hochburg schränkte die Funktionsfähigkeit von „pro NRW“ auf Landes- und Kreisebene nachhaltig ein. (...) Sollte der Absturz in die Bedeutungslosigkeit weitergehen, werden die Verfassungsschutzbehörden aufmerksam beobachten, inwieweit sich die bisherigen Akteure organisationspolitisch neu orientieren.

Der Partei **DIE RECHTE** gelang es 2015 ihre organisatorischen Strukturen und ihre Mitgliederbasis auszubauen. Mittlerweile verfügt die Partei in elf Bundesländern über Landesverbände/-gruppen beziehungsweise einen landesgrenzenübergreifenden „Gebietsverband Südwest“. Schwerpunkt bleibt indes Nordrhein-Westfalen mit rund der Hälfte der Mitglieder.

DIE RECHTE hatte den *Tag der deutschen Zukunft* 2016 in Dortmund organisiert. Sie organisiert nun den am 3. Juni 2017 in Karlsruhe geplanten Tag dieser Art.

Der VS-Bericht 2015 enthält folgende Einschätzung:

Das rechtsextremistische Personenpotenzial belief sich Ende 2015 auf 22.600 Personen (2014: 21.000). Damit erhielt die rechtsextremistische Szene nach einem jahrelangen Rückgang wieder Zulauf. (...) In diesem Zusammenhang gelang es den rechtsextremistischen Akteuren, mehr neue Szeneangehörige oder Sympathisanten an sich zu binden und insbesondere mit fremdenfeindlichen Parteien Anti-Asyl-Kundgebungen zu mobilisieren. (...) Auch jenseits von messbaren Wahlerfolgen ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Agitation rechtsextremistischer Parteien ein Gefährdungspotenzial. Mit ihrer zum Teil aggressiven Rhetorik verschärfen sie eine bereits hoch emotional geführte Asyldebatte. Dadurch kann bei Einzelpersonen der Eindruck entstehen, ein radikaleres oder gewalttätiges Handeln sei von einer weit größeren Menge erwünscht oder zumindest gebilligt.

Etwa seit Herbst 2015 geistert der Begriff vom "Burgfrieden" durch die 'patriotisch' orientierten Lager, Parteien und Initiativen, allen voran propagiert von Ester Seitz. Sie kennt keine Schmerzgrenzen nach rechts, sie kennt nur noch Deutsche. Um es einmal so zu sagen. Sich selbst sieht sie mittlerweile als "Freiheitskämpferin".

Am 1. Juli 2016 machte sie im Rahmen eines "Saalvortrags" bei einer Sagesa-Veranstaltung priesterinnenhaft Werbung für eine „national gesinnte identität- und freiheit- und friednstiftende Einheitsfront“. Deutschland sei verraten von „allen Politikern von CDU bis *Die Linke*“, allen „Gewerkschaften (und) Prominenten. Daher helfe nurmehr noch ein Überbrücken aller Grabenkämpfe im bislang unstrukturierten „ProDeutschen-Lager“ hin zu einem „Burgfrieden“: Es gehe „nicht mehr um Namen und nicht mehr um Begriffe“ oder um übereinstimmende Anschauungen in allen Punkten, „sondern um die gemeinsame Richtung hin zu einem großen Ziel: Die Freiheit Deutschlands und der Frieden in Europa“. In diesem Sinn habe sich bereits ein „pluralistisch strukturierter Mikrokosmos“ als Antwort auf vom BRD-System vorgegebene vereinheitlichte Meinungen gebildet, Dieser Kreis sei "die Lobby", die Keimzelle eines neuen Deutschland.²

Am 2. Juli sprach Ester Seitz in Stendal: Die von ihr ersehnte nationale Synthese werde sich entweder im Rahmen der Berliner Merkel-muss-weg-Kundgebungsreihe vollziehen oder nie.³

Zur Abrundung des Extradossiers noch die VS-Definition von "Linksextremismus":

Linksextremismus zielt auf die Überwindung der bestehenden „bürgerlichen“, „kapitalistischen“ Staats- und Gesellschaftsordnung, die durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System ersetzt werden soll. Die theoretischen Leitfiguren sind – in unterschiedlichem Ausmaß und abweichender Interpretation – Marx, Engels und Lenin. Gewalt, verstanden als „revolutionäre Gewalt“ der „Unterdrückten gegen die Herrschenden“, gilt grundsätzlich als legitim. Unterschiede in der ideologischen Herleitung, Zielsetzung und Herangehensweise, insbesondere auch in der Anwendung konkreter Gewalt, erschweren ein einheitliches Vorgehen der verschiedenen Gruppierungen. Linksextremisten sind weiterhin bestrebt, gesellschaftliche Konflikte im Sinne ihrer revolutionären Ziele zu instrumentalisieren. Sie intervenieren in unterschiedlichen Aktions- und Politikfeldern, um dort ihre Positionen zu popularisieren und neue Anhänger zu gewinnen. Ideologische Grundlage ist die Ablehnung des „kapitalistischen Systems“, das für gesellschaftliche und politische Missstände wie soziale Ungerechtigkeit, Migrationsströme und Kriege, Rechtsextremismus und Rassismus ebenso verantwortlich gemacht wird wie für ökologische Katastrophen und die Zerstörung von Wohnraum. Im linksextremistischen Diskurs ist der Kapitalismus mehr als eine bloße Wirtschaftsform: Er ist die Basis bürgerlicher Herrschaft und der Staat durch „Repression“ nach innen und Aggression nach außen ein Garant dieser Herrschaftsverhältnisse.

2 <https://www.facebook.com/esterseitz.ger/videos/vb.121524344852138/292001851137719/?type=2&theater>

3 <https://www.facebook.com/esterseitz.ger/videos/vb.121524344852138/293019747702596/?type=2&theater>